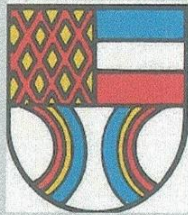


# Ortsgemeinde TRIPPSTADT



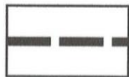
## BEBAUUNGSPLAN "Auf dem Hohenrech II"

G	HH.Sinz	26.10.2009	Änderung an textlicher Festsetzung- intensivieren in extensivieren	26.10.2009	F.Reyer
F	HH.Sinz	10.06.2008	Änderung an textlicher Festsetzung	10.06.2008	F.Reyer
E	HH.Sinz	08.04.2008	Änderung der Flächenbezeichnung in Innerörtliche Grünfläche	08.04.2008	F.Reyer
D	HH.Sinz	10.03.2008	Änderung nach Angaben der Verwaltung / Fussweg ausgeklammert	10.03.2008	F.Reyer
C	HH.Sinz	14.02.2008	Änderung nach Angaben der Verwaltung / Landwirtschaftliche Flächen	15.02.2008	F.Reyer
B	HH.Sinz	27.09.2007		27.09.2007	F.Reyer
A	HH.Sinz	31.01.2007		31.01.2007	F.Reyer
				24.11.04	Reitemeier
Ind.	Name	Datum	Benennung	Datum	Name
	Bearbeitet			Geprüft	
<b>BESTELLER:</b>		Ortsgemeinde Trippstadt		Zeichnungs-Nr. = Stueckliste-Nr.	
				Zeichnung hat _____ Blatt	
<b>ZEICHNUNG:</b>		B E B A U U N G S P L A N A U F D E M H O H E N R E C H I I		Blatt : <u>01</u>	Index : <u>G</u>
				Massst. : <u>1 : 1000</u>	Baugr. : _____
<b>PLANUNG:</b>		VOSS&KAMB und PARTNER BERATENDE INGENIEURE VBI		hierzu gehoeren : textliche Festsetzung Teil A, Teil B und Satzung	
		Ottostr. 9 Tel 0361 36215-0		Ersatz fuer : Zchnng. Nr. _____	
		67657 Kaiserslautern Fax. 0361 36215-24			

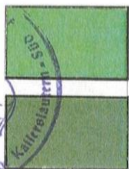


## PLANZEICHEN

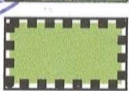
### ALS FESTSETZUNGEN



**Grenze des räumlichen Geltungsbereiches**  
§ 9 Abs. 7 BauGB



**Innerörtliche Grünanlage**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB



**Private Grünfläche, Zweckbestimmung: Gärten**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

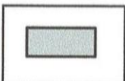


**bestehende Streuobstbestände sind zu erhalten**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB



**Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen**

### NACHRICHTLICH



**bestehende bauliche Anlagen  
(nicht kartiert)**



## **TEXTFESTSETZUNGEN**

### **Auf Privaten Grünflächen „Gärten“ - § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB-**

In der Planzeichnung gekennzeichneten Streuobstbestände sind zu erhalten, bei Abgang ist für Ersatz zu sorgen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB).

Innerhalb der Gartenflächen sind zweckgebundene bauliche Anlagen (Gerätehäuser, Gartenlauben o.a.) bis zu einer Größe von max. 24m<sup>2</sup> (inklusive überdachtem Freisitz), Schwimmbassins sind bis zu einer Größe von max. 15m<sup>2</sup> zulässig. Insgesamt dürfen 10% der Gartengrundstücksfläche für die v.g. zulässigen Anlagen in Anspruch genommen werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO).

Schwimmteiche und ebenerdige Schwimmbecken unterliegen keiner Größenbeschränkung und sind nicht anzurechnen.

Die zulässigen Anlagen sind mit einem mind. 10,0m breiten Abstand parallel zur festgesetzten landwirtschaftlichen Fläche zu errichten (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB).

Mind. 50% der Gartengrundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen und mit heimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Bestehende Bepflanzungen werden angerechnet (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB).

Als Einfriedungen sind zulässig offene Elemente mit einer max. Höhe von 1,80m. (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 Abs. 1 Nr. 3 LBauO).

### **Innerörtliche Grünfläche - § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB –**

Die Parkfläche ist naturnah zu gestalten. Zur Erhöhung des Artenspektrums an Pflanzen und Tieren ist die Grünlandnutzung zu extensivieren. Die vorhandenen Streuobstbestände sind zu erweitern

Die Flächen sind von jeglicher Bebauung freizuhalten. (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

---

## **RECHTSGRUNDLAGEN**

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I Nr. 52 vom 01.10.2004), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO - Baunutzungsverordnung) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).

Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2005 (GVBl. 2005, S. 387)

Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitpläne und Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990-PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. Jahrg. 1991, Teil I S. 58).

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG 2002) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.04.2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 10.05.2007 (BGBl. I S. 666).

§ 8 des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 13.10.2005 (GVBl. S. 387)

§ 50 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.06.2005 (BGBl. I S. 1865)

§ 17 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (BGBl. 2005, I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316).

# Verfahrensvermerke

## Aufstellungsbeschluss

Der Gemeinderat von Trippstadt hat in seiner Sitzung am .....5.10.2004..... die Aufstellung des Bebauungsplanes „Auf dem Hohenrech II gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Trippstadt, den 7.10.2004...

.....  
der Ortsbürgermeister

## Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist in Form einer Offenlage in der Zeit vom ..14.7.2008..... bis ..14.8.2008..... durchgeführte worden.

Der Zeitraum und Ort der Offenlage sind am 3.7.2008 im ..Amtsblatt..... ortsüblich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungszeit vorgebracht werden können.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 1 BauGB rühzeitig mit Schreiben vom ..14.7.2008..... um die Abgabe einer Stellungnahme bis zum ..14.8.2008..... aufgefordert worden.

Die fristgemäß vorgebrachten Anregungen hat der Gemeinderat von Trippstadt in seiner Sitzung am 7.4.2009..... geprüft.

Trippstadt, den 9.4.2009.....

.....  
Der Ortsbürgermeister

## Offenlage

Der Entwurf des Bebauungsplans „Auf dem Hohenrech II“ (Planzeichnung, Zeichenerklärung, Textfestsetzungen, Begründung und wesentliche, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen) ist gem. § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB in der Zeit vom 7.12.2009..... bis 7.1.2010..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt worden, mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungszeit vorgebracht werden können.

Ort und Dauer der Auslegung wurden am 28.11.2009..... im ..Amtsblatt..... ortsüblich bekannt gemacht.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom ..26.11.2009..... von der Offenlage benachrichtigt und um die Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Die fristgemäß vorgebrachten Anregungen hat der Gemeinderat von Trippstadt in seiner Sitzung vom 23.3.2010..... geprüft. Das Ergebnis der Prüfung ist denen, die Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom 24.3.2010..... mitgeteilt worden.

Trippstadt, den 25.3.2010.....

.....  
Der Ortsbürgermeister

## Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat von Trippstadt hat in seiner Sitzung am 23.3.2010..... den Bebauungsplanentwurf „Auf dem Hohenrech II“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Trippstadt, den 25.3.2010.....

.....  
Der Ortsbürgermeister

## Ausfertigung

Durch die Unterschrift wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplans „Auf dem Hohenrech II“ mit dem Bebauungsplan des Satzungsbeschlusses vom 23.3.2010..... übereinstimmt.

Trippstadt, den 25.3.2010.....

.....  
Der Ortsbürgermeister

## Öffentliche Bekanntmachung und In-Kraft-Treten (§ 10 Abs. 3 BauGB)

Der Bebauungsplan „Auf dem Hohenrech II“ ist durch Veröffentlichung im ..Amtsblatt..... am 1.4.2010..... mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gemacht worden, dass der Bebauungsplan im ..Zi. 59..... der Gemeinde ..Kaiserslautern Süd..... während den ..Verbandsgemeindeverwaltung..... Dienstzeiten zu jedermanns Einsicht berit liegt.

Mit Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan „Auf dem Hohenrech II“ in Kraft.

06. APR. 2010

Trippstadt, den .....

.....  
Der Ortsbürgermeister

Manfred Stahl  
Ortsbürgermeister